

# Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

## Schulattentat der Taliban in Peschawar

Als bislang schwerster Anschlag der pakistanischen Taliban und Pakistans „dunkelste Stunde“ gilt das Attentat vom 16. Dezember 2014 auf eine Armeeschule in Peschawar, bei dem mindestens 152 Menschen, darunter 136 Kinder, getötet wurden. Sechs Attentäter waren in das Schulgebäude gelangt und haben systematisch die Klassenräume durchsucht und Lehrer und Schüler erschossen sowie zwischenzeitlich rund 500 Menschen als Geiseln genommen, bevor sie schließlich von Sicherheitskräften selber erschossen wurden. Nach Presseberichten bezeichneten pakistanische Taliban der *Tehrik-i-Taliban Pakistan* das Attentat als Vergeltungsaktion gegen eine Armeeoffensive in den Stammesgebieten, denen Hunderte ihrer Kämpfer zum Opfer gefallen waren. Nach dem Attentat wurde eine landesweite Staatstrauer von drei Tagen ausgerufen und die Sicherheitsvorkehrungen drastisch erhöht. Als weitere Reaktion hob die Regierung ein 2008 erlassenes Moratorium zum Aussetzen der Todesstrafe auf. Schon bald nach dem Attentat wurden sechs verurteilte Terroristen erhängt. Zusätzlich wurden bei Armeeoperationen nach diesem Anschlag mehr als 60 Islamisten getötet sowie Verdächtige und mutmaßliche Unterstützer verhaftet. 615 Aufständische wurden auf eine Fahndungsliste gesetzt. Als weitere Reaktion auf dieses Attentat beschloss die Nationalversammlung mit Zweidrittelmehrheit in einem Verfassungszusatz die Wiedereinführung der 2002 abgeschafften Militärgerichte gegen Verdächtige, die mutmaßlich einer terroristischen Organisation angehören. Verurteilte der Militärgerichte haben kein Recht auf Berufung. Laut Premierminister Sharif sollen diese nur vorübergehend als „außerordentliche Maßnahme für eine außerordentliche Bedrohung“ für die Dauer von zwei Jahren eingerichtet werden, weil sich das Land in einer kriegsähnlichen Lage befinde. In den Medien wird dieses Schulattentat der Taliban als Ausdruck ihrer Schwäche und Verzweiflung bewertet. Zudem sei die Talibanführung zerstritten und viele hätten sich dem „Islamischen Staat“ angeschlossen. Hinzu kommt die öffentlich geäußerte Kritik der afghanischen Taliban an diesem Schulattentat, welches sie als Verstoß gegen Grundsätze des Islams bezeichnen.

## Reaktionen auf *Charlie Hebdo*-Attentat

Nach den Berichten über das Attentat auf die Redaktion des französischen Satire-Magazins *Charlie Hebdo*

protestierten Tausende Menschen in Pakistan gegen deren Mohammad-Karikaturen. Im Zuge eines Protests in Karachi versuchten rund 200 Menschen, das dortige französische Konsulat zu stürmen, wurden aber von der Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas und Schüssen davon abgehalten. Laut Medienberichten wurden drei Verletzte in Krankenhäuser eingeliefert. Die pakistanische Regierung hatte den Anschlag in Paris offiziell verurteilt, doch Mohammad-Karikaturen gelten für viele als Blasphemie. So setzte der pakistanische Politiker und frühere Eisenbahnminister Ghulam Ahmed Bilour ein Kopfgeld auf den *Charlie Hebdo*-Eigner aus. Er erneuerte damit seine Kopfgeldankündigung vom Herbst 2012 in Höhe von 100.000 US-Dollar gegen den Macher des YouTube-Videos „Die Unschuld der Muslime“. Aktuell erhöhte Bilour seine Kopfgeldankündigung sogar auf 200.000 US-Dollar für denjenigen, der den Eigentümer von *Charlie Hebdo* töten würde.

## Mindestens 55 Tote bei Angriff auf schiitische Moscheen im Sindh

Als schlimmste Attacke gegen Schiiten in Pakistan seit dem Anschlag auf einen Pilgerbus in Belutschistan im Januar 2014 gilt der Selbstmordanschlag auf eine schiitische Moschee im sindhischen Shikarpur Ende Januar 2015. Mindestens 60 Menschen starben, nachdem eine Bombe zum Zeitpunkt der Freitagsgebete explodierte, mehr als 70 wurden verletzt. Zwei Wochen zuvor hatte ein Selbstmordattentäter acht Menschen in einer schiitischen Moschee in Peschawar getötet. Nach Presseberichten wurden in Pakistan 2013 und 2014 rund 1000 Schiiten getötet.

## Spontane Flüchtlingsrückkehr nach Afghanistan

Bis Mitte Februar 2015 kehrten nach Angaben des *Global Emergency Overview* 32.000 nicht registrierte Afghanen spontan aus Pakistan nach Afghanistan zurück – als Reaktion auf die Sicherheitslage. Zusätzlich wurden in diesem Zeitraum rund 2000 Afghanen aus Pakistan deportiert. Damit übertrifft die Zahl der afghanischen Rückkehrenden in den ersten sechs Wochen des Jahres 2015 die Gesamtzahl im Jahr 2014 um 130 Prozent. Nach Angaben des Humanitären Koordinationsbüros der Vereinten Nationen (OCHA) waren in Pakistan mit Stand Ende 2014 rund 1,6 Millionen afghanische Flüchtlinge registriert.

## 2014 „Jahr der internen Vertreibung“ – 2015 „Jahr der Rückkehr“

Laut Jahresrückblick des Humanitären Koordinationsbüros der Vereinten Nationen (OCHA) ist das Jahr 2014 vor allem aufgrund zweier massiver Militäraktionen – *Zarb-e-Azb* im Juni 2014 sowie *Khyber One* im Oktober 2014 – seit 2009 das Jahr mit den meisten Vertriebenen im eigenen Land. Demnach waren 2014 geschätzt etwa 700.000 Millionen Menschen vor allem aus den nordwestlichen Stammesgebieten wie Nordwaziristan und Khyber Agency sowie Teilen der Provinz Khyberpaktunkhwa von Vertreibung betroffen. Im Zeitraum 2008 bis 2014 wird die Gesamtzahl der Intern-Vertriebenen auf rund 5,1 Millionen geschätzt. Bisher konnten von ihnen etwa 3,5 Millionen wieder zurückkehren, rund 1,6 Intern-Vertriebene sind weiterhin gezwungen, abseits ihrer Heimatgebiete zu leben. Für 2015 wird erwartet, dass rund 750.000 Vertriebene zurückkehren können. Die pakistanische Regierung hat 2015 zum Jahr der Rückkehr erklärt und plant, 171.000 Familien – nach oft bis zu vier Jahren Vertreibung – in ihre Stammesgebiete zurückkehren zu lassen. Dieses Programm soll mit der Bara-Region in der Khyber Agency beginnen. Aufgrund der umfangreichen Zerstörungen an Gebäuden und Infrastruktur wurde ein zweijähriger Wiederaufbauplan aufgelegt, damit die Rückkehrenden in der Heimat wieder Fuß fassen können. Zusätzlich bieten überwiegend nationale humanitäre Hilfsorganisationen materielle und psycho-soziale Unterstützung vor allem für die ersten sechs Monate an. Internationale Hilfsorganisationen erhalten in der Regel keine Arbeitsgenehmigungen für die Stammesgebiete.

## Multi-Hazard-Jahresplanung gegen Überschwemmungen und Dürre

Zu den aufgrund von Militärkampagnen gegen extremistische Gruppen Intern-Vertriebenen kamen im Jahr 2014 noch weitere 3,5 Millionen Menschen, die durch die verheerenden Monsunüberschwemmungen im September 2014 in Asad Jammu und Kaschmir, dem südlichen Pandschab sowie im Sindh betroffen waren. In Pakistan und Indien starben mindestens 500 Menschen in den Fluten. Zudem hält in großen Teilen des Sindh seit 2012 eine Dürrekrise mit rund zwei Millionen Betroffenen an. Landesweit gelten circa 58 Prozent der Bevölkerung als *food insecure*, das heißt sie haben keine ausreichend gesicherte Nahrungsmittelversorgung – viele sind unterernährt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre wurden im Februar 2015 seitens der Vereinten Nationen sowie der zuständigen Regierungsbehörden vorbereitende *Multi-Hazard*-Jah-

resplanungen erstellt, um auf vielfältige Risiken vorbereitet zu sein.

## Leicht abnehmende Tendenz von Angriffen auf humanitäre Helfer

2014 wurden 75 humanitäre Helfer Opfer von Unfällen, Angriffen und Anschlägen oder Entführungen – gegenüber 86 im Jahr 2013. Zu den Opfern werden in Pakistan auch Mitarbeiter der Impfkampagnen und deren Polizeieskorten – also Regierungspersonal – gezählt. Demgegenüber weisen internationale Statistiken wie die AWSD (*Aid Worker Security Database*) einzig Mitarbeiter von UN-Agenturen sowie von Nichtregierungsorganisationen aus, was internationale Vergleiche erschwert. Nach AWSD-Daten kamen 2014 19 humanitäre Helfer um – dies sind 7,36 Prozent der weltweit 258 Opfer, anders gesagt jedes dreizehnte Opfer. Im Jahr 2013 lagen die Vergleichszahlen bei 41 Opfern in Pakistan und 474 Opfern weltweit. Insgesamt passierten 2013 und 2014 rund drei Viertel aller Vorfälle gegen humanitäre Helfer in den Stammesgebieten sowie in der Provinz Khyberpaktunkhwa, darüber hinaus im Sindh.

## Gepanschte Spirituosen führen zu Todesfällen

Nach Medienberichten wurden in Karatschi Anfang Oktober 2014 29 Menschen Opfer von gepanschten Spirituosen, weitere 24 betroffene Personen wurden in Hospitälern versorgt. Oftmals wird das Kühl- und Lösungsmittel Methanol von illegalen Schnapsbrennern eingesetzt. Dessen Verkauf wurde in Karatschi vorläufig untersagt. Berichten zufolge konnte der Hauptverdächtige untertauchen, während zwölf Polizisten und Steuerbeamte ihrer Ämter enthoben wurden. In Pakistan ist Muslime der Alkoholkonsum untersagt.

## Attentat bei alltäglicher Zeremonie am Grenzposten Wagah

Ein Selbstmordattentäter hat im November 2014 bei der allabendlichen Zeremonie der Schließung des Grenzpostens zu Indien in Wagah auf der pakistanischen Seite mehr als 60 Menschen getötet. Im beiderseitigen Einvernehmen wurde die Grenzschießungszeremonie bis auf Weiteres ausgesetzt. Die Zeremonie endet zwar jeden Abend mit einem Handschlag der beteiligten Offiziere, dient mit ihrer aggressiv anmutenden Choreografie aber auch zur Demonstration der jeweiligen Kampfbereitschaft. Zuvor wurde diese Zeremonie trotz der anhaltenden Spannungen einzig während des Krieges von 1971 eingestellt.

### Blutige Grenzkonflikte in Kaschmir

Im Oktober 2014 kam es entlang der umstrittenen pakistanisch-indischen Grenze in Kaschmir zu Schusswechseln und Artillerieeinsatz beider Seiten, woraufhin Tausende Zivilisten aus den betroffenen Gebieten flohen. Nach Presseberichten eskalierten die Spannungen, nachdem der indische Ministerpräsident Narendra Modi im August 2014 Friedensgespräche abgesagt hatte. Die Schusswechsel ereigneten sich kurz vor dem Besuch des US-Außenministers John Kerry sowie dem angekündigten Besuch des US-Präsidenten Barack Obama in Indien. Auf das Territorium des früheren Fürstentums Kaschmir erheben seit der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft beide Staaten Anspruch. Muslimische Gruppen kämpfen währenddessen zusätzlich für einen eigenen Staat.

### Neue Vorwürfe gegen Zaki-ur-Rehman

Nachdem Zaki-ur-Rehman, dem eine Mitgliedschaft in der Terrorgruppe *Lashkar-e-Toiba* nachgesagt wird, vom Obersten Pakistanischen Gerichtshof auf freien Fuß gesetzt werden sollte, wurde er aufgrund neuer Vorwürfe wieder in Polizeigewahrsam genommen. Die von dem vorherigen Fall abweichende Anklage wirft ihm die Beteiligung an einer Geiselnahme vor. Zuvor hatte das Gericht über seine mutmaßliche Funktion als Drahtzieher des Hotelattentats von Mumbai 2008 entschieden. Der Fall Lakhvi belastet seit langem das pakistanisch-indische Verhältnis, da Indien Pakistan vorwirft, die Hintermänner zu schonen und sogar selber in das Attentat verwickelt zu sein.

### Premierminister Nawaz Sharif in Berlin

Medienberichten zufolge ermunterte Bundeskanzlerin Angela Merkel den pakistanischen Premierminister Nawaz Sharif bei seinem Staatsbesuch in Berlin im November 2014 zu Wirtschaftsreformen. Außerdem soll sie ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union in Aussicht gestellt haben. Die Zusammenarbeit vor allem in den Sektoren Energie, Landwirtschaft und Umwelttechnik sei von besonderem Interesse. Zuvor hatte Merkel Sharif aufgerufen, den Kampf gegen den Terrorismus im Land fortzusetzen, aber auch im Kampf gegen die Taliban in Afghanistan zu kooperieren.

### Malala Yousufzai mit Friedensnobelpreis ausgezeichnet

Gemeinsam mit dem 60-jährigen indischen Kinderrechtsaktivisten Kailash Satyarthi wurde die 17-jäh-

rige Malala Yousufzai im Dezember 2014 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie ist die erste Pakistanerin sowie die erste Jugendliche, die diese Auszeichnung erhielt. Der Friedensnobelpreis würdigt sie für ihren Einsatz für das Recht auf Schulbildung von Mädchen. Im Rahmen der Berichterstattung um die Preisverleihung hat Yousufzai dem Sender BBC angedeutet, nach ihrem Studienabschluss in die Politik gehen und gleich ihrem Vorbild Benazir Bhutto Premierministerin werden zu wollen. Währenddessen hält in Pakistan die Kritik an ihr an. 2012 war sie Opfer eines Mordanschlages der Taliban geworden (SÜDASIEN berichtete). In ihrer Heimatprovinz wurde ihre nach dem Anschlag verfasste Autobiographie „Ich bin Malala“ verbrannt, zuvor war das Buch an pakistanischen Schulen verboten worden (SÜDASIEN berichtete). Zwei Privatschulverbände riefen einen „Anti-Malala-Tag“ aus, der jährlich am 10. November abgehalten werden soll. Im September 2014 wurde nach den Meldungen über ihre Nobelpreisnominierung bekannt, dass pakistanische Sicherheitskräfte zehn Taliban-Kämpfer verhaftet hatten, denen das Attentat auf Malala zur Last gelegt wird.

### Armeeberater bewerten Auswirkungen des Klimawandels als Sicherheitsrisiko

Ein globales Netzwerk von Armeeratern – GMACC (*Global Military Advisory Council on Climate Change*) – stellt die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheitslage in verschiedenen Staaten dar. Für Pakistan wird ein bedrohliches Sicherheitsrisiko vor allem für die innere Sicherheit erwartet. Das Netzwerk mahnt das Land, die Erfahrungen des „Arabischen Frühlings“ zu bedenken, dessen Proteste durchaus auf erhöhte Lebensmittel- und Brotpreise zurückzuführen waren. In diesem Zusammenhang sind die Dürre und die ungesicherte Nahrungsmittelversorgung in Pakistan bedenklich, so Tariq Wazeem Ghazi, ein ehemaliger Offizier der pakistanischen Armee und GMACC-Mitglied. Nach Auslaufen der NCCP (*National Climate Change Policy*) im Jahr 2013 fehle laut Ghazi bislang – entgegen etwa der Vorgehensweise in Bangladesch – ein Maßnahmenplan mit konkreten Schritten. Vielmehr würden die Risiken, die sich aus dem Klimawandel ergeben, ignoriert. Erst im Januar 2015 wurde das Ministerium für Klimawandelanpassung wieder eingerichtet. Zuvor hatte es die derzeitige Regierung bei ihrem Amtsantritt 2013 zu einer Abteilung herabgestuft. Als Motiv für diese jüngste Wiedereinführung gelten die aktuellen globalen Klimaschutzverhandlungen im Hinblick auf die globale Konferenz in Paris im Dezember 2015.